

GEMEINDERAT GRETZENBACH**PROTOKOLL zur**

Sitzung 2 vom Dienstag, 02. März 2010, 19:30 - 21:00 Uhr
im Sitzungszimmer 1

Sitzungsleitung:	Cartier-von Arx Daniel
Teilnehmende:	Merz-Good Hans Jörg Ramel-Remiga Werner Schärer-Mumenthaler Walter Schenker-Beaud Mario Widmer Andreas Wobmann-Fröhlicher Susanna
Gäste:	
Entschuldigt:	
Protokollführung:	Flury Andrea

Verhandlungen

A-Geschäfte 15.06.035.	Protokolle GR Protokoll	1	13
B-Geschäfte 10.07.000.110.	Pro Juventute Pro Juventute Elternbrief/ Grundsatzentscheid	2	14
16.00.000.110.	EDV-Kommission Pflichtenheft EDV-Kommission / Anpassung	3	15
15.06.010.	Geschäftsführung, Kompetenzen Ablauf Gemeinderatssitzung / Grundsatzentscheid	4	16
04.05.000.130.	Sachplan Siedlungsentwässerung Sachplan Siedlungsentwässerung 2010 / Mitwirkungsverfahren	5	17
A-Geschäfte 15.06.037.	Verschiedenes	6	18

13	15.06.035.	Protokolle GR Protokoll
-----------	-------------------	------------------------------------

Werner Ramel möchte noch eine Ergänzung im Traktandum 6, Bauverwaltung / Einsetzen einer Arbeitsgruppe. Unter diesem Traktandum warf er die Frage in die Runde, ob das Pensum von Jolanda Bürgin nicht erhöht werden sollte, da sie nun seit der neuen Amtsperiode das Sekretariat der Werkkommission inne hat.

Die Gemeindeschreiberin erklärte, dass die Verwaltung sich im Sommer 2009 entschied, dieses Amt neu intern zu besetzen, da ab dem 1. März 2010 die Ausstellung der Pässe wegfallen und die Zukunft betreffend Ausstellung der IDK's und Regelung der Ausländerausweise auch noch nicht gesichert ist. Bei Jolanda Bürgin handelt es sich um eine 100 % Stelle, die man nicht reduzieren möchte, da es sonst schwierig wird, die Stellvertretungen sicher zustellen. Deshalb wurde ihr das Werksekretariat zugeteilt.

Beschluss: Das Protokoll der 1. Sitzung vom 2. Februar 2010 wird mit der genannten Ergänzung genehmigt.

14	10.07.000.110.	Pro Juventute Pro Juventute Elternbrief/ Grundsatzentscheid
-----------	-----------------------	--

Akten: Vereinbarung

Botschaft RESO:

Seit rund 15 Jahren macht die Einwohnergemeinde Gretzenbach bei den Pro Juventute Elternbriefen mit. Bis Ende 2009 informierte die Einwohnerkontrolle Gretzenbach Yvonne Schwitzgebel, Gretzenbach, über die Erstgeburten von Kindern. Yvonne Schwitzgebel koordinierte dann die Verteilung der Elternbriefe an die Familien. Ab Januar 2010 läuft dies direkt über die Pro Juventute.

Was beinhalten diese Elternbriefe:

- Tipps für die Erziehung des Kindes
- Beratung für die Eltern
- Wichtige Hinweise (1. Impfung, Ernährung, was wenn mein Kind krank ist, usw.)
- Auskunfts- und Beratungsstellen
- Und vieles mehr rund ums Kind und die Familie

Bis Ende 2009 wurden die Briefe an alle Familien mit Erstgeburten bis zum 3. Lebensjahr des ersten Kindes verteilt. Die Einwohnergemeinde zahlte für diesen Elternbrief pro Kind Fr. 60.--. In den letzten Jahren gab es pro Jahr ca. neun Erstgeburten. Das Budget 2010 beinhaltet einen Betrag von Fr. 600.--.

Wie bereits erwähnt wird ab dem 1. Januar 2010 alles von der Pro Juventute koordiniert und auch zugestellt. Nach Absprache mit Barbara Bühlmann von der Mütter-/ Väterberatung (SRUN) und Frau Keller von

der Pro Juventute könnte die Koordination auch von Barbara Bühlmann erledigt werden. Frau Bühlmann erhält bereits zum jetzigen Zeitpunkt über alle neugeborenen Kinder eine Meldung. Sie nimmt mit diesen Eltern Kontakt auf und hätte die Möglichkeit die Eltern zu Fragen, ob sie an diesen Elternbriefen Interesse hätten.

Es gibt 3 verschiedene Versionen:

1. Lebensjahr Fr. 52.00 einmalig

- Sammelordner
- Gratulationskarte pro Juventute
- Adressverzeichnis
- Inhaltsverzeichnis
- 13 Broschüren à 24 bis 28 Seiten, monatliche Zustellung

2. und 3. Lebensjahr Fr. 47.00 einmalig (plus Fr. 10.- wenn diese Briefe erst mit dem zweiten Gutschein während dem 1. Lebensjahr bestellt werden)

- Sammelordner
- Inhaltsverzeichnis
- 10 Broschüren à 24 bis 28 Seiten, zweimonatliche, resp. dreimonatliche Zustellung

4. bis 6. Lebensjahr Fr. 90.00 einmalig

- Sammelordner
- 12 Broschüren à 32 Seiten, dreimonatliche Zustellung

Aus Sicht von Frau Bühlmann und mir wäre es sinnvoll, den Eltern welche an diesen Elternbriefen Interesse haben, einen Gutschein für das 1. Lebensjahr abzugeben. Sofern die Eltern die Briefe nach dem 1. Lebensjahr weiterhin möchten, wird ihnen ein Gutschein für das 2. und 3. Lebensjahr überlassen. Gemäss Frau Keller von der Pro Juventute nehmen ca. 70% der Eltern von Erstgeburten dieses Angebot in Anspruch, nach dem 1. Lebensjahr sind es nur noch ca. 50%. Die Elternbriefe für das 4. bis 6. Lebensjahr sind nicht mehr so gefragt, weil die Eltern sehr viel Informationen aus Spielgruppen und Kindergarten erhalten.

Andreas Widmer ergänzt, dass die Pro Juventute die Elternbriefe selber verteilen möchte und somit diese Aufgabe nicht mehr über die Regionale Stelle gelöst wird. Seine Idee war, das ganze wie erwähnt über die Mütter- und Väterberatung laufen zu lassen. Frau Bühlmann von der Beratung kann somit die Eltern jeweils beim ersten Gespräch fragen, ob sie diese Dokumentation wünschen oder nicht. Mit diesem Verfahren können Kosten eingespart werden und es werden nur Eltern bedient, die es ausdrücklich wünschen.

Antrag:

Der Gemeinderat beauftragt Barbara Bühlmann, Mütter- und Väterberatung, SRUN, mit der Verteilung der Gutscheine an die Eltern von Erstgeburten für den Elternbrief des 1. Lebensjahres (Fr. 52.--). Zusätzlich stellt die Pro Juventute den Eltern mit dem 11. Elternbrief noch einen Gutschein für den Elternbrief für das 2. und 3. Lebensjahr (Fr. 57.--) zu.

Dieser Beschluss wird rückwirkend auf den 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt.

Eintreten auf das Geschäft wird nicht bestritten und gilt als **beschlossen**.

Das Wort zur **Detailberatung** wird nicht verlangt.

Beschluss: Der einstimmige Gemeinderat beauftragt Barbara Bühlmann mit der Verteilung der Gutscheine für den Elternbrief gemäss Antrag. Zusätzlich wird der Pro Juventute der Auftrag erteilt, mit dem 11. Elternbrief einen Gutschein für das 2. und 3. Lebensjahr beizulegen.

Mitteilung an: Barbara Bühlmann, Mütter- und Väterberatung, SRUN Schönenwerd; Pro Juventute (mit Brief) Finanzverwaltung; Gemeindeschreiberin (mit Protokollauszug)

15	16.00.000.110.	EDV-Kommission Pflichtenheft EDV-Kommission / Anpassung
----	----------------	--

Akten: Entwurf Pflichtenheft EDV-Kommission

Botschaft REFI:

Anlässlich der Sitzungen der EDV-Kommission vom 14.09.2009 und 25.01.2010 wurde das Pflichtenheft dieser Kommission diskutiert und überarbeitet. Namentlich wurden 2 Änderungen/Ergänzungen angebracht (siehe farbige Markierung).

Mario Schenker ergänzt, dass das überarbeitete Pflichtenheft neu auch das Amt Vizepräsident beinhaltet. Zudem wird bei den allgemeinen Aufgaben das regelmässige Überprüfen des Krisen- und Katastrophenkonzepts ergänzt.

Antrag:

Der Gemeinderat genehmigt die Änderungen des Pflichtenhefts der EDV-Kommission.

Eintreten auf das Geschäft wird nicht bestritten und gilt als **beschlossen**.

Es folgt die **Detailberatung**.

Hansjörg Merz erkundigt sich, um was für ein Krisen- und Katastrophenkonzept es sich handelt. Eventuell müsste im Pflichtenheft das Wort IT in diesem Zusammenhang ergänzt werden.

Mario Schenker bestätigt, dass es rein um die IT-mässigen Belange geht, beispielsweise wie die wichtigsten Funktionen bei einem Brand des Gemeindehauses wieder hergestellt werden können. Die Änderung betrifft das Pflichtenheft der EDV-Kommission, somit sollte es klar sein, dass es sich um IT Angelegenheiten handelt.

Beschluss: Der einstimmige Gemeinderat beschliesst die Änderungen des Pflichtenheftes der EDV-Kommission.

Mitteilung an: EDV-Kommission; Finanzverwaltung; Gemeindeschreiberin nach Nachführung des Behördenverzeichnisses (mit Protokollauszug)

16	15.06.010.	Geschäftsführung, Kompetenzen Ablauf Gemeinderatssitzung / Grundsatzentscheid
----	------------	--

Botschaft GS:

Im Gemeinderat gibt es oft Geschäfte, die zu keiner Diskussion Anlass geben. Damit die Sitzungen effizienter abgehalten werden können, gibt es die Möglichkeit, diese Geschäfte im Protokoll aufzuführen, aber an einer Sitzung nicht zu erwähnen.

In der Praxis würde es so aussehen, dass der Gemeinderat von der Gemeindeschreiberin mit dem Vorprotokoll eine Doodle-Umfrage erhält, in der sämtliche Traktanden aufgeführt sind.

Die Ratsmitglieder haben dann die Möglichkeit auf dem Korrespondenzweg abzustimmen oder zu wünschen, dass das Geschäft an der Sitzung diskutiert wird. Für jedes Geschäft gibt es die Option „Zustimmen“, „Ablehnen“ oder „Debatte“. Sofern mindestens ein Mitglied eine Debatte verlangt, wird das Traktandum wie bis anhin an der Gemeinderatssitzung behandelt. Andernfalls wird der Beschluss analog der Umfrage protokolliert.

Daniel Cartier ergänzt: „An der letzten Gemeinderatssitzung haben verschiedene Mitglieder angefragt, ob es eine Möglichkeit gibt, dass im Gemeinderat unbestrittene Anträge auf dem Korrespondenzweg erledigt werden können. Man hat dabei auf die Handhabung der Geschäfte in Erlinsbach SO hingewiesen. Die Gemeindeschreiberin hat entsprechende Abklärungen getroffen und wird Ihnen den Lösungsvorschlag nun vorstellen.“

Die Gemeindeschreiberin erklärt den Ratsmitgliedern die Praxis anhand einer vorbereiteten Doodle-Umfrage und geht nochmals auf die geschriebene Botschaft ein.

Antrag:

Der Gemeinderat stimmt dem neuen Ablauf der Gemeinderatssitzung zu. Die Änderung wird per sofort umgesetzt.

Eintreten auf das Geschäft wird nicht bestritten und gilt als **beschlossen**.

Es folgt die **Detailberatung**.

Aus dem Rat stellt sich die Frage, ob es keine Sitzung mehr gibt, wenn jedes Traktandum bereits in der Doodle-Umfrage genehmigt wurde.

Susann Wobmann steht dieser ganzen Sache kritisch gegenüber. Vor allem wird es bei der Einwohnerschaft auf kein positives Echo stossen, wenn an einer Sitzung mitgeteilt wird, dass der Gemeinderat bereits mittels Doodles über die Geschäfte beschlossen hat. Zum anderen kann eine Diskussion die Ansicht einer Person noch verändern. Sie ist der Meinung, dass die vergangenen Sitzungen nie in die Länge gezogen wurden. Wie wird es gehandhabt, wenn die Abstimmung 5 gegen 2 ausfällt? Susann Wobmann findet diese Änderung nicht nötig. Man soll doch einfach künftig darauf achten, dass die Geschäfte kurz und präzise kommentiert werden. Andreas Widmer hat dies beim vorherigen Geschäft sehr gut gemacht. Welche Zeiterparung erhofft man sich mit dieser Veränderung?

Werner Ramel kann die Argumente von Susann Wobmann verstehen. Es muss möglich sein, auch bei einer einstimmigen Annahme, noch Argumente einzubringen.

Hansjörg Merz findet die vorgestellte Methode ebenfalls zu radikal. Der Doodle soll nur die Zustimmung oder den Punkt Diskussion enthalten. Sofern das Geschäft nicht einstimmig angenommen wird, soll es an der Gemeinderatssitzung ordentlich behandelt werden. Es kann mit einer Einsparung von rund 20 % der jetzigen Sitzungszeit gerechnet werden.

Walter Schärer kann sich der Meinung von Merz anschliessen. Er kann sich eine Doodle-Lösung sehr gut vorstellen. Beispielsweise hätte man an der heutigen Sitzung das Pflichtenheft der EDV-Kommission nicht behandeln müssen, da es eine einstimmige Entscheidung war. Auch hat man in der jetzigen Amtsperiode mehr Unterlagen als zuvor und kann sich besser auf eine Sitzung vorbereiten. Ein Anliegen ist aber, dass bei neuen Erkenntnissen das Geschäft nochmals aufgegriffen werden kann.

Andreas Widmer möchte wissen wie es mit der Sicherheit von einer Doodle-Umfrage aussieht. Kann da nicht jemand den Link ausfindig machen und sämtliche Resultate beeinflussen?

Daniel Cartier gibt zu bedenken, dass es wohl selten der Fall sein wird, dass alle Geschäfte diskussionslos genehmigt werden. Zudem habe man das Traktandum Verschiedenes, in dem die Ressortgemeinderäte Informationen deponieren oder Fragen in die Runde werfen können. Der Vorsitzende wird an einer Sitzung die Beschlüsse jeweils vorlesen, somit kann jedes Mitglied auch reagieren, wenn der Beschluss allenfalls gefälscht wurde. Zudem hat man auch die Gelegenheit, das Wort zu ergreifen, obschon man dem Antrag vorgängig zugestimmt hat. Auch haben die Mitglieder die Möglichkeit, neue Erkenntnisse dem Rat mitzuteilen. Somit würde das Geschäft wie bis anhin behandelt.

Mario Schenker befürwortet eine versuchsweise Einführung der Doodle-Umfrage. Nach rund einem Jahr kann man dann feststellen, ob sich der Aufwand mit dem Ertrag deckt. Sofern dies nicht der Fall wäre, kann diese Methode wieder abgeschafft werden. Mit der Ressortverantwortlichkeit ist die Qualität einer Botschaft anders als im alten Rat. Somit können sich die Mitglieder auf die Botschaften abstützen.

Der Vorsitzende fasst die Diskussion zusammen. Eine Doodle-Umfrage soll nur aus „ja“ oder „Diskussion erwünscht“ bestehen. Die Abstimmung muss jeweils bis am Montag mitternachts vor der Sitzung erfolgt sein. Jedes Mitglied kann sich an der Sitzung melden, wenn es zu neuen Erkenntnissen gekommen ist. In diesem Fall wird über das Geschäft nochmals abgestimmt. Dieser neue Ablauf wird versuchsweise bis im Herbst 2010 durchgeführt. An der Sitzung vom 21. September 2010 wird betreffend der Weiterführung beraten.

Beschluss: Der Gemeinderat beschliesst mit 5 zu 2 Stimmen eine versuchsweise Einführung der Doodle-Umfrage. In der Umfrage hat man die Option mit „ja“ oder „Diskussion erwünscht“ zu antworten. Im Herbst 2010 wird dieses Geschäft nochmals traktandiert.

Mitteilung an: Gemeindepräsident; Gemeindeschreiberin für die Traktandierung an der Sitzung vom 21.09.2010 (mit Protokollauszug)

17	04.05.000.130.	Sachplan Siedlungsentwässerung Sachplan Siedlungsentwässerung 2010 / Mitwirkungsverfahren
----	----------------	--

Akten: Protokollauszug vom 17.02.2010 der Umweltschutzkommission

Botschaft REBU:

Das Bau- und Justizdepartement des Kt. Solothurn (BJD) lädt zum öffentlichen Mitwirkungsverfahren in der Sache Sachplan Siedlungsentwässerung VOKOS 2010 (Vollzugskonzept Siedlungsentwässerung 2010) des Kanton Solothurn ein. Der Sachplan wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern erstellt. Der Beitrag des Kanton Solothurn ist eine Weiterführung des VOKOS 2004. Er beschreibt den aktuellen Ist-Zustand sowie die weitere Entwicklung. Zudem zeigt der VOKOS 2004 die bestehenden Mängel auf. Als rollende Planung hilft der Sachplan dem Kanton und den Gemeinden als Leitlinie.

Die Kantone haben den Auftrag, die Bundesgesetzgebung über den Gewässerschutz zu vollziehen. Der Gemeinderat, oberste Planungsbehörde, sollte zu diesem vorgesehenen Sachplan Stellung nehmen.

Die ganze Dokumentation ist unter folgendem Link abrufbar:

<http://www.so.ch/departemente/bau-und-justiz/amt-fuer-umwelt/fachbereiche/siedlungswasserwirtschaft/siedlungsentwaesserung/vokos.html>

Zudem ist ein gedrucktes Exemplar in der Verwaltung vorhanden.

Die Umweltschutzkommission hat diese Unterlagen an ihrer Sitzung vom 17.02.2010 behandelt.

Kurz zusammengefasst:

- Koordination der Abwasser in den Kantonen Bern und Solothurn
- Trennung der Abwasser und Meteorwasser
- Abwasseranschluss
- Landwirtschaftliche Sicherstellung

Ziel:

Wasser ist für unsere Gesellschaft eine unverzichtbare Ressource, die vielfältig genutzt, durch Abwasser aus der Siedlungsentwässerung und der landwirtschaftliche Nutzung aber auch belastet wird. Schutz und Nutzung aufeinander abzustimmen und einen ausreichenden Schutz der Wasserqualität zu garantieren ist eine wichtige Aufgabe des Kantons. Dies setzt eine langfristige und strategische Planung voraus, ebenfalls sollte auf eine verursachergerechte Nutzung hingearbeitet werden.

Fazit:

Die Gemeinde Gretzenbach hat diesbezüglich ihre Hausaufgaben gemacht. Mit der Einführung des Reglements 2008 über Grundeigentümerbeiträge und -gebühren wird dem verursachergerechten Abwasserhaushalt Rechnung getragen. Mit dem genehmigten „Generellen Entwässerungsplan“ (GEP) vom 21.02.2006 sind auch die nötigen planerischen Unterlagen erstellt worden und können rollend umgesetzt werden.

Werner Ramel erklärt seine Botschaft. Da die Gemeinde die Hausaufgaben erledigt hat, sieht er keine Kosten, welche mit diesem Projekt auf die Einwohnergemeinde zukommen. Der Plan kann einfach zur Kenntnis genommen werden.

Antrag:

Der Gemeinderat als oberste Planungsbehörde nimmt den Bericht Sachplan Siedlungsentwässerung VOKOS 2010 (Vollzugskonzept Siedlungsentwässerung 2010) des Kanton Solothurn zur Kenntnis.

Eintreten auf das Geschäft wird nicht bestritten und gilt als **beschlossen**.

Es folgt die **Detailberatung**.

Daniel Cartier ist der Meinung, dass ein Mitwirkungsverfahren eine Rückmeldung beinhaltet. Das würde heissen, dass die Gemeinde Bescheid gibt, was man von dieser Sache hält. Er macht den Vorschlag den Antrag wie folgt zu ergänzen:..... und erklärt sich mit der vorliegenden Form einverstanden.

Hansjörg Merz hat die Unterlagen ebenfalls studiert. Wichtig ist, dass die Grundwasserschutzzonen nicht erwähnt werden. Gibt es betreffend Trennung des Wassers, Abwassers und Meteorwasser eine zeitliche Vorschrift bis zu welchem Zeitpunkt diese Pendenzen vollzogen werden muss? Die neuen Anlagen werden nach diesem Grundsatz gebaut.

Werner Ramel erklärt, dass sich die Gemeinde mit einem Beschluss nicht zu weit hinaus lehnen sollte. In diesem Dossier können Sachen vorhanden sein, wo die Gemeinde keinen Einfluss nehmen kann. Aus diesem Grund ist er der Meinung, der Rat soll die Akten zur Kenntnis nehmen. Eine Frist wegen der Umsetzung der erwähnten Pendenzen von Hansjörg Merz hat Ramel Werner in den Unterlagen nicht gesehen.

Daniel Cartier kann die Aussage von Werner Ramel nachvollziehen und verzichtet somit auf einen zusätzlichen Antrag.

Beschluss: Der einstimmige Gemeinderat nimmt den Bericht Sachplan Siedlungsentwässerung VOKOS 2010 (Vollzugskonzept Siedlungsentwässerung 2010) des Kanton Solothurn zur Kenntnis.

Mitteilung an: Bau- und Justizdepartement, Solothurn; (mit Brief) Umweltschutzkommission (mit Protokollauszug)

18	15.06.037.	Verschiedenes
----	------------	---------------

Mitteilungen des Gemeindepräsidenten:

35.08.050.100. / 35.05.000.435.

Nutzung Parkplatz Gemeindehaus fürs Beizlifest:

Am Beizlifest 2010 soll der Gemeindehaus-Parkplatz wieder genutzt werden, diesmal vom Velo-Club. Ich bin von diesem Verein angefragt worden und habe gemäss dem Gemeinderatsbeschluss vom Februar 2008 eine entsprechende Bewilligung erteilt.

31.05.100.

Gesuch Rudolf-Steiner-Schule um Kostenbeteiligung:

Wie schon so oft hat die Rudolf-Steiner-Schule Schafisheim die Einwohnergemeinde Gretzenbach um eine Beteiligung an den Schulkosten angefragt, da es Gretzenbacher Kinder gibt, welche dort zur Schule gehen. Dieses Gesuch wurde in Anlehnung an einen Gemeinderatsbeschluss vom Februar 2008 abgelehnt.

17.06.000.210. / 17.07.020.

Abschluss des Zertifikatslehrgangs von Ursula Gubler:

Mit Beschluss vom 13. Januar 2009 hat der Gemeinderat der Weiterbildung von Ursula Gubler zugestimmt und beschlossen, das Kursgeld zu übernehmen unter der Voraussetzung, dass der Kurs erfolgreich abgeschlossen wird. Anlässlich der Diplomfeier vom 15. Januar 2010 konnte Ursula Gubler ihr „Certificate of Advanced Studies“ der Fachausbildung CAS öffentliches Gemeinwesen entgegennehmen. Sie hat den Zertifikatslehrgang erfolgreich abgeschlossen und damit der Voraussetzung des Gemeinderates entsprochen. Ich werde ihr im Namen des Gemeinderates zum Erreichen dieses Ausbildungsziels gratulieren.

Mitteilungen des Ressortgemeinderates Sicherheit:

36.08.000.

Radarliste Dezember 2009

Hansjörg Merz teilt mit, dass im Dezember 2009 an der Köllikerstrasse, Bielackerstrasse und Kirchenfeldstrasse Radarmessungen durchgeführt wurden. An der Köllikerstrasse waren 75 Fahrer (13%) zu schnell unterwegs, an der Bielackerstrasse 11 Fahrer (31%) und an der Kirchenfeldstrasse 5 Fahrer (16 %).

In diesem Zusammenhang macht Mario Schenker darauf aufmerksam, dass an der Sängetelstrasse eine Radarkontrolle notwendig wäre. Häufig gibt es Fahrzeuge, die diese Strasse viel zu schnell passieren.

Hansjörg Merz erklärt, dass oft bei den Sammelstrassen und nicht bei Quartierstrassen Radarmessungen durchgeführt werden. Der Ressortverantwortliche Sicherheit wird mit der Kantonspolizei Kontakt aufnehmen und ihnen die prekäre Situation schildern. In Bereichen, wo Personen gefährdet werden, sollten zusätzliche Messungen vorgenommen werden.

Daniel Cartier hat sich betreffend der Geschwindigkeitsanzeige, die der Gemeinde Schönenwerd gehört, bei Peter Hodel erkundigt. Leider kann die Messung nicht ausgeliehen werden, da sie vielfach selber benutzt wird.

Mitteilungen des Ressortgemeinderates Infrastruktur:

19.06.010. / spez. TB.

Hochwasserschutzmassnahmen Schachen

Walter Schärer informiert, dass das Ingenieurbüro KFB AG, Olten, Pläne von der Hochwasserschutzmassnahmen Oberer und Unterer Schachen eingereicht hat (Eingang 27.01.2010). Sie machten im Begleitschreiben darauf aufmerksam, dass durch den Verlauf des neuen Dammes auch Wasserleitungen der Gemeinde Gretzenbach betroffen sind. Sie bitten zu prüfen, ob für die markierten Leitungen Arbeiten vorgängig zur Dammschüttung auszuführen sind. Der Arbeitsbeginn der Dammarbeiten ist für Februar 2010 vorgesehen.

Diese Unterlagen waren am 27. Januar 2010 im Fächli der Werkkommission. Walter Schärer nervte sich, da dieses Büro einen so kurzfristigen Bescheid erwartete. Die Werkkommission nahm mit Hermann Tanner Kontakt auf, um abzuklären wie viel eine Verlegung der Leitungen kosten würde. Gemäss Ingenieur ist mit Kosten von Fr. 130'000 zu rechnen. Zum anderen ist die genaue Lage der Leitungen unklar. In der Werkkommission hat man beschlossen, auf eine Verlegung zu verzichten. Es handelt sich um Wasserleitungen vom Jahr 1981. Bei einem allfälligen Leitungsbruch müsste halt der Damm abgetragen werden. Walter Schärer möchte, dass im Namen des Gemeinderates ein Brief an das Ingenieurbüro KFB AG geschrieben wird. Es wäre gar nicht möglich, innerhalb einer so kurzen Zeit eine Leitung zu verlegen und der nötige Kredit zu sprechen.

Wurde die Baubewilligung von Seite der Gemeinde für die Dämme erteilt, erkundigt sich Hansjörg Merz? Weshalb hat man diese Leitung nicht vorgängig gesehen? In einem laufenden Verfahren muss immer auf solche Sachen geachtet werden.

Werner Ramel war an der Orientierungssitzung in Niedergösgen anwesend. Er ist verblüfft, dass er bzw. die Baukommission nicht im Besitz dieser Pläne ist. Seit längerer Zeit hat er auf die Exemplare gewartet. Die Pläne für die Hochwasserschutzmassnahmen lagen öffentlich auf. Die Bewilligung liegt im Rahmen des Regierungsratsbeschlusses vor.

Daniel Cartier kann die Meinung der Werkkommission unterstützen. Die getroffene Entscheidung war korrekt.

Mitteilungen des Ressortgemeinderates Bau und Umwelt:

16.09.200.

Gemeinderatsprotokolle auf dem Web

Werner Ramel erkundigt sich, wann die Gemeinderatsprotokolle im Internet publiziert werden.

Die Gemeindeschreiberin informiert, dass im Web alles eingerichtet sei. Das genehmigte Protokoll der Sitzung vom 2. Februar 2010 werde noch diese Woche veröffentlicht. Der Gemeinderat beschloss im nachhinein, alle Protokolle seit der neuen Amtsperiode im Web zu veröffentlichen und nicht nur diese ab 1.1.2010. Aus diesem Grund braucht es noch einen entsprechenden Antrag, da nicht alle Geschäfte der Vergangenheit öffentlich sind. Die Kompetenz dies zu entscheiden hat allerdings nur der Gemeinderat.

Für Hansjörg Merz ist es fraglich, ob dieser Aufwand sinnvoll ist.

Mitteilungen des Ressortgemeinderates Soziales:

15.07.000.120.

Jugendtreff Gretzenbach

Andreas Widmer informiert, dass die OJuN die Öffnungszeiten des Jugendtreffs anpassen möchte. Dies sollte so rasch als möglich passieren, damit die Jugendlichen auch weiterhin das Angebot des Treffs nutzen. Die Räumlichkeiten werden rege genutzt. Am letzten Anlass waren 13 Jugendliche aus Gretzenbach und 10 Jugendliche aus Däniken anwesend. Neu soll der Treff am Mittwoch bereits um 14.00 Uhr anstelle von 16.00 Uhr geöffnet werden. Am Donnerstag würde der Treff eine Stunde später öffnen, das würde somit heissen um 16.00 Uhr. Am Freitag besteht bei den Jungen das Bedürfnis, sich ebenfalls im Jugendtreff einzufinden. Der Vorschlag wäre von 16.00 Uhr bis 21.00 Uhr. Zudem ist gewünscht, dass die Jugendlichen an einem Freitagabend eine Disco und einen Spielabend bis ca. 24.00 Uhr durchführen könnten. Der Jugendarbeiter würde mit den Jugendlichen den Anlass organisieren. Vor einem solchen Abend werden die Anwohner informiert.

Andreas Widmer hat vorgängig mit Vreni von Arx, Anwohnerin, Rücksprache genommen. Sie ist der Meinung, dass aus ihrer Sicht der Treff flexibel geöffnet werden soll, wichtig ist einfach, dass die Anwohner informiert werden.

Gemäss Auskunft von Walter Schärer wurde das Thema Öffnungszeiten an der letzten Sitzung der Werkkommission behandelt. Die Werkkommission spricht sich nicht gegen eine Verlängerung aus. Allerdings sei zu berücksichtigen, dass man den Anwohnern versprach, bei einer Änderung vorab mit ihnen das Gespräch zu suchen. Bevor man das Angebot des Jugendtreffs erweitert, sollte man die Anwohner betreffend der Erfahrung anfragen wie auch die Meinung zu einer Erweiterung einholen.

Mario Schenker stimmt den Argumenten von Walter Schärer zu. Er ist der Meinung, dass eine Erweiterung der Öffnungszeiten ein offizielles Gemeinderatsgeschäft sein muss. Vorab soll sicherlich mit den Anwohnern das Gespräch gesucht werden.

Daniel Cartier macht auf das Betriebskonzept aufmerksam. Dort sind sie Öffnungszeiten festgehalten. Bevor das Geschäft dem Gemeinderat vorgelegt wird, muss der Anwohnerschaft ein Vorschlag unterbreitet werden. Danach kann der Gemeinderat einen Beschluss fassen.

Andreas Widmer nimmt die Voten zur Kenntnis und das Geschäft wird wie vorgeschlagen abgewickelt.

13.12.

Aufnahme von Asylsuchenden

Gemäss Andreas Widmer müssen die Gemeinden der Sozialregion unteres Niederamt im Frühling und Sommer 35 bis 45 asylsuchenden Personen aufnehmen. Wenn jemand eine Liegenschaft in Gretzenbach weiss, wo man Asylbewerber unterbringen könnte, soll er sich bei Andreas Widmer melden.

Werner Ramel war der Annahme, dass die Gemeinde Gretzenbach keine Asylbewerber hat. Er war erstaunt, als er erfuhr, dass am Stalden 8 Asylbewerber einquartiert sind. Er möchte künftig wissen, wenn in einer neuen Liegenschaft Asylbewerber einziehen.

Mitteilungen der Ressortgemeinderätin Bildung und Kultur:

31.05.110.

Schulvorstand Unteres Niederamt / Sek P Reform

Susann Wobmann informiert, dass eine Sitzung vom Schulvorstand Unteres Niederamt stattgefunden hat. Was entschieden wurde, darf sie leider nicht kommunizieren. Am Donnerstag wird informiert. Diskutiert wurde auch die genehmigte Vereinbarung Sek P des Kantons. Gemäss Bruno von Däniken müsse diese dem Souverän nicht mehr vorgelegt werden.

Daniel Cartier wird die Änderungen noch genau anschauen und den Gemeinderat darüber informieren.

GEMEINDERAT GRETZENBACH

Der Gemeindepräsident: Die Gemeindeschreiberin:

Daniel Cartier

Andrea Flury